

369



Der
Freiheits-
kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

56. Jahrgang – Nr. 15 – Dezember 2005



***E**in gesegnetes
Weihnachtsfest und
sehr viel Glück und
Gesundheit im neuen
Jahr wünschen allen
Kameradinnen
und Kameraden*

die ÖVP-Kameradschaft
der politisch Verfolgten und
Bekenner für Österreich sowie
„Der Freiheitskämpfer“

Sitzung des Kuratoriums

„Roter Oktober“

Finanzielle Zuwendungen



Hubert Jurasek



Anerkennungsgesetz 2005

Der im FK 14 vom Juli 2005 Seite 10 f. unter der Überschrift „Geplante Novelle des Opferfürsorgegesetzes (OFG)“ besprochene und kritisierte Initiativantrag ist nun im Bundesgesetz vom 10. August 2005, Teil I. Nr. 86, ist unter dem umständlichen Titel „Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Anerkennung der Leistungen im österreichischen Widerstand sowie zur abschließenden Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsakte erlassen, das Opferfürsorgegesetz geändert und ein Bundesgesetz, mit dem aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine einmalige Zuwendung (Befreiungs- Erinnerungszuwendung) für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebene geschaffen ist (Anerkennungsgesetz 2005)“ nunmehr beschlossen und verlautbart worden. Der Einfachheit halber wird jeder Artikel dieses Bundesgesetzes extra besprochen.

Im Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Anerkennung der Leistungen im österreichischen Widerstand sowie zur abschließenden Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsakte erlassen wird (Art. I des Anerkennungsgesetz 2005), wird festgestellt, dass alle Verurteilungen, die Gerichte, insbesondere Militär-, SS-, Sonder- oder Standgerichte unter der nationalsozialistischen Herrschaft gegen Österreicher ausgesprochen haben und als Ausdruck typisch nationalsozialistischen Unrechts zu betrachten sind, rückwirkend aufgehoben wurden. Einer gesonderten, amtswegigen Prüfung und Feststellung sowie Antragstellung bedarf es nicht.

Im § 2 dieses Gesetzes bezeugt der Nationalrat den Opfern derartiger Unrechtsurteile, insbesondere auch der Urteile der nationalsozialistischen Militärjustiz, und anderer nationalsozialistischer Unrechtsakte, den Opfern der politischen Verfolgung, den aus ihrer Heimat Vertriebenen, allen Opfern des vom nationalsozialistischen Regime zu verantwortenden Krieges und jenen, die zu dessen Beendigung und zur Befreiung Österreichs beigetragen haben, insbesondere den Personen im österreichischen Widerstand, und ebenso deren Familien Achtung und Mitgefühl.

II. Änderung des Opferfürsorgegesetzes

Durch Artikel II. des Anerkennungsgesetzes 2005 wird das Opferfürsorgegesetz geändert. Als Opfer im Sinne des § 1 Abs. 2, 1. Satz gelten nunmehr auch Opfer der NS-Militärjustiz, Personen, die aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, der sexuellen Orientierung, des Vorwurfes der sogenannten Asozialität oder medizinischer Versuche zu Schaden gekommen sind. Ausdrücklich werden auch „Zwangssterilisierte“ genannt.

Eine Verbesserung ist im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz vom 10. August 2005, Teil I., Nr. 90 „Ein Bundesgesetz, mit dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, das Kriegsoferversorgungsgesetz und das Heeresversorgungsgesetz geändert werden“ insofern eingetreten, als an Stelle der Witwen- und Waisenbeihilfen die Gewährung von Hinterbliebenengrundrenten, allenfalls von **Unterhaltsrenten** tritt, die wesentlich höher sind. Bereits bestehende Beihilfen werden von Amts wegen umgewandelt. Personen, die noch keine Leistung beziehen, können

beim jeweiligen Amt der Landesregierung Anträge stellen, wobei der Antragstellung bis zum 20.6.2006 eine rückwirkende Zuerkennung ab 1.7.2005 zur Folge hat. Die Einkommensobergrenze für den Bezug ist weggefallen.

III. Befreiungs- Erinnerungszuwendung

Mit Artikel III. des Anerkennungsgesetzes wurde das Bundesgesetz, mit dem aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine einmalige Zuwendung für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung sowie deren Hinterbliebene geschaffen wird, beschlossen und in Kraft gesetzt. Obwohl die Arbeitsgemeinschaft in ihrem Antrag ausdrücklich ersucht hat, eine einheitliche Leistung für alle Opfer zu beschließen, da dies verwaltungstechnisch am einfachsten ist und keine Neidkomplexe erregt, wurde im Befreiungs- Erinnerungszuwendungsgesetz in dessen § 1 eine Staffelung beschlossen; diese sei, wie die Vorsitzende des Justizausschusses Abg.z.NR Mag. Dr. Maria-Theresia Fekter in Beantwortung eines Schreibens der Ar-

beitsgemeinschaft vom 29.6. in ihrem Schreiben vom 14.7.2005 ausführt, der einzige erzielbare Kompromiss gewesen.

Gemäß § 1 dieses Gesetzes erhalten:

1.1 Personen, denen ein bis zum 31. Dezember 2005 beantragtes Befreiungsehrenzeichen verliehen worden ist, oder

1.2 Witwen (Witwer) nach einem Besitzer eines Befreiungsehrenzeichens Euro 1.000,-.

2. Personen, die eine bis zum 31. Dezember 2005 beantragte Rentenleistung nach dem OFG, nach § 65 des Kriegsoferversorgungsgesetzes oder einen Härteausgleich hinsichtlich einer der genannten Leistungen beziehen, erhalten Euro 800,-.

3. Inhaber einer bis zum 31. Dezember 2005 beantragten Amtsbescheinigung im Sinne des OFG oder deren Witwen (Witwer) erhalten Euro 600,-. (Dies jedoch nur, wenn die Zuwendung nicht bereits mit der Opferrente amtswegig ausbezahlt wurde oder wird)

4. Inhaber eines bis 31.12.2005 beantragten Opferausweises im Sinne des OFG Euro 500,-.

Diese Zuwendungen werden gemäß § 2 gewährt, wenn der Berechtigte seinen Anspruch innerhalb eines Jahres nach in Kraft treten dieses Bundesgesetzes, das ist bis zum 10.8.2006, beim zuständigen Amt der Landesregierung anmeldet. Entsprechende Formulare sind bei uns oder den Ämtern der Landesregierung erhältlich.

Rentenbezieher erhielten ohne einen erforderlichen Antrag die Zuwendung in Höhe von Euro 800,- bereits mit der Septemberrente 2005 ausbezahlt. Rentenbezieher, denen bereits Euro 800,- ausbezahlt worden sind, die aber als Inhaber eines Befreiungsehrenzeichens oder Witwen (Witwer) Anspruch auf Euro 1.000,- hätten, haben, um die Differenz von Euro 200,- zu erhalten, ebenfalls einen Antrag bei dem jeweils zuständigen Amt der Landesregierung zu stellen. Erfolgt die Anmeldung bei einer nicht zuständigen Stelle, so ist diese verpflichtet, den Antrag unverzüglich an die zuständige Behörde weiterzuleiten.

Die Ämter der Landesregierung haben die gemeldeten Ansprüche zu überprüfen und das Ergebnis der Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generation und Konsumentenschutz zur Entscheidung weiterzuleiten. Die Zuwendung unterliegen nicht der Einkommenssteuer und bleiben auch bei Ermittlung des Einkommens bei diversen Gesetzesstellen außer Betracht.

Der in den Mitteilungen des DÖW Folge 173, Oktober 205 auf Seite 5 stehende Artikel „Im Gedenkjahr 2005: wesentlichen Änderungen des Opferfürsorgegesetzes“ enthält diesbezüglich Fehler.

Ju. ■

Finanzielle Zuwendung für „Trümmerfrauen“

Mit dem Bundesgesetz vom 10. August 2005 BGBl I. Nr. 89, wurde eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für die besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen.

Eine einmalige Zuwendung von Euro 300, auf die kein Rechtsanspruch besteht, können Frauen erhalten, die vor dem 1. Jänner 1951 mindestens ein Kind in Österreich zur Welt gebracht haben oder ein vor diesem Zeitpunkt geborenes Kind in Österreich erzogen haben, und österreichische Staatsbürger sind, unter folgenden Voraussetzungen:

Die Frauen oder ihre Ehegatten müssen zum Zeitpunkt der Einbringung des Ansuchens entweder Ausgleichszulagen aus der gesetzlichen Sozialversicherung oder eine einkommensabhängige Leistung aus dem Opferfürsorgegesetz oder dem Kriegsoferversorgungsgesetz oder eine Dauerleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach einem der Sozialhilfegesetze der Bundesländer beziehen oder ein vergleichbares Einkommen haben, das den jeweiligen Ausgleichszulagenrichtsatz nicht übersteigt; derzeit für Alleinstehende monatlich Euro 662,99, für Verheiratete Euro 1.030,23.

Tragt Sorge für unsere Erde, seid zu ihr zärtlich und lieb

(Hindegard von Bingen)



Von der Zuwendung sind Personen ausgeschlossen, deren Verhalten in Wort oder Tat mit den Gedanken und Zielen eines freien, demokratischen Österreichs unvereinbar war.

Ansuchen auf Gewährung einer Zuwendung können innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes, das ist bis 10. August 2006, beim jeweiligen örtlich zuständigen **Bundessozialamt** eingebracht werden. Die Voraussetzungen sind durch Vorlage entspre-

chender Unterlagen nachzuweisen (Staatsbürgerschaftsnachweis, Geburtsurkunde, Einkommensbelege, Erziehungsnachweise). Diesbezügliche Antragsformulare sind bei uns oder bei den Bundessozialämtern zu bekommen. Im Zweifelsfalle gibt es eine Hotline mit der Nummer 0800/220303, die gebührenfrei ist; erreichbar Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 16:00 Uhr und Freitag von 08:00 bis 15:00 Uhr.

Ju. ■

Hochwasser-Soforthilfe

Wie seinerzeit anlässlich des Hochwassers im Jahre 2002 (siehe FK 6 vom November 2002, Seite 8) können auch diesmal (2005) nach dem Opferfürsorgegesetz anspruchsberechtigte Personen ohne Rücksicht auf deren Einkommen bei nachzuweisendem Schaden eine Soforthilfe in der Höhe von Euro 1.000,- als Soforthilfe erhalten. Unter den gleichen Voraussetzungen können für diesen Zweck auch zinsfreie Darlehen bewilligt werden. Anträge sind mit den entsprechenden Nachweisen direkt an das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Opferfürsorge-Ausgleichsfonds, 1010 Wien, Stubenring 1, zu richten.

Ju.

Sitzung des Kuratoriums in Wien

Turnusgemäß fand am 26. und 27. Oktober 2005 die Sitzung des Kuratoriums unserer Organisation in Wien statt. Das Kuratorium setzt sich bekanntlich aus den 9 selbstständigen Landesverbänden und den Ehrenmitgliedern unserer Kameradschaft zusammen. Alle Landesverbände waren zur ordnungsgemäßen Abwicklung mit mindestens dem Obmann bzw. der Obfrau und anderen Vorstandsmitgliedern vertreten.

Kom.R Dr. Gerhard Kastelic gedachte als Bundesobmann nach der Begrüßung, der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit aller jener Kameradinnen und Kameraden, die nach der letzten Sitzung in Innsbruck im Jahr 2004 von uns gegangen sind. Für einige besonders verdiente Persönlichkeiten wurde schon im „Freiheitskämpfer“ ein Nachruf geschrieben.

In seinem Bericht führte der Bundesobmann aus, dass neben der Arbeit für die Zei-

tung, im Büro und für die Kameradinnen und Kameraden das heurige Jahr ganz besonders im Zeichen des Gedenkens und der Erinnerung an die Befreiung unserer Heimat von der NS-Diktatur vor 60 Jahren stand. Eine große Anzahl von Veranstaltungen prägte daher die letzte Zeit. Begonnen wurde am 19. Jänner 2005 mit dem Symposium im Parlament zum Thema „Widerstand“. Am 21. April 2005 wurde von der Stadt Wien über Initiative der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs am Wiener Zentralfriedhof ein Mahnmal für die in Wien hingerichteten und in der Gruppe 40 begrabenen Opfer eingeweiht. Über unsere Anregung konnten 30 Kameradinnen und Kameraden, die diese Zeit in leidvoller Erinnerung haben, an der großen Feier „50 Jahre Staatsvertrag“ im Belvedere (am 15. 5. 2005) teilnehmen.

Bei verschiedenen Anlässen hatte der Bundesobmann

eine Ansprache gehalten. Viele weitere Gedenkveranstaltungen wurden von unserem Vorstand und weiteren Mitgliedern besucht.

Großen Raum musste in der Sitzung des Kuratoriums der Frage der Verringerung der Mitgliederzahl besonders in einigen Bundesländern eingeräumt werden, da viele unserer Kameradinnen und Kameraden versterben oder nicht mehr in der Lage sind, am Leben der einzelnen Organisationen teilzunehmen. Einige Landesverbände bemühen sich schon seit Jahren um jüngere und junge Mitglieder. Dies ist durch die Änderung der Bundes- und Landessatzungen seit 1998 möglich geworden, als der Zusatz „...und Bekenner für Österreich“ Aufnahme fand.

Die Einbeziehung dieser nicht mehr als Zeitzegen oder unmittelbare Opfer geltenden Mitglieder ist insbesondere deshalb von wesentlicher Bedeutung für unser Land und die wahrheitsgemäße Erinnerung und Tradition, da in letzter Zeit in verstärktem Ausmaß – und leider auch immer wieder in Österreichs Schulen – eine einseitige und nicht den objektiven Tatsachen entsprechende Ausbildung, Berichterstattung und Information über die NS-Zeit und die über alle politischen und religiösen Grenzen hinausgehende Widerstandstätigkeit erfolgt ist. Gerade die Rolle des katholischen, monarchistischen und bürgerlichen Widerstandes wird gerne vergessen oder als unwesentlich abgetan. Das zu verhindern muß auch für jungen Bekenner zu unserer Heimat Auftrag und Aufgabe sein.

Eine ebenso große Debatte fand zu den neuersten Ge-

setzen über die Erinnerungszuwendung, Ehrengaben und Zahlungen sowie Änderungen im Opferfürsorgegesetz statt. Darüber wird in dieser Ausgabe gesondert berichtet.

Nach Ablauf der 3-jährigen Funktionsperiode des Bundesvorstandes danke der Obmann allen im Vorstand, in der Kontrolle und in anderen Funktionen oder Entsendungen tätigen Kameradinnen und Kameraden für ihre ausgezeichnete Mit- und Zusammenarbeit. Die Entlastung erfolgte sodann ohne Gegenstimme.

Der neue Vorstand wurde ebenso einstimmig gewählt und setzt sich wie folgt zusammen:

Bundesobmann:

Kom.R. Dr. Gerhard Kastelic, LO Wien

Bds.Obm. Stv.:

Präs. d. BR.a.D. Prof. Kom.R. Alfred Gerstl, LO Steiermark, und Mathias Denifl, LO Tirol

Schriftführer:

RA Dr. Markus Zimmerbauer, LO Oberösterreich

Kassier:

Othmar Burian, Wien

Rechnungsprüfer:

Margarethe Forster, Wien und Mag. Wolfgang Schwarz, Steiermark

Schieds- und Ehrengericht:

HR Dr. Alois Kermer, LO Niederösterreich, Paul Krämer, Salzburg und Gertrude Heidlberger, Oberösterreich.

Mit dem Dank für die Wahl, die Teilnahme an der Sitzung und die intensive Mitarbeit in der Gestaltung der Arbeit des Kuratoriums sowie mit den besten Wünschen für die Zukunft schloss der neu gewählte Bundesobmann die Sitzung. **GK** ■

Advent

Oh Herr, rei rasch die Himmel ein!
Oh stiebe nieder Funken Wind!
Oh segne wieder, Krippenkind,
Die Stube von Dämonen rein.

Die Zeit ist reif wie ehemals,
Da die Propheten Dich erschrien,
Oh, schaffe, wenn die Nebel fliehen,
Die ganze Welt zum Betlehem.

Du wirst dann nimmer Kind und Mann
In einem armen Körper sein,
Was wir in großer Angst erschreien,
Du hast es längst für uns getan.

Und wenn der letzte Berg zerbricht,
Kommst du nur mehr als große Not,
Als jeden Wesens Sein und Tod,
Als rascher Herrgott im Gericht,
Von Angesicht zu Angesicht.

Aus: Rudolf Henz „Wort in der Zeit“ Amandus-
Edition, Wien 1945, Seite 131.

Ju.

Hohe Auszeichnung des Landes Wien für Ludwig Steiner

Montag den 26. September 2005 überreichte der amtsführende Stadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny namens des Landeshauptmannes von Wien im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses unserem Kameraden, dem außerordentlichen bevollmächtigten Botschafter in Ruhe Dipl. Volkswirt Dr. Ludwig Steiner, Staatssekretär a.D. das große silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Steiner habe stets in seinem Leben aus christlich humaner Gesinnung gehandelt. Er sei eine Persönlichkeit, die sehr viel für die res publica getan habe. Steiner habe sich mit Leben, Herz und Seele für das Wiedererstehen Österreichs eingesetzt. Ein Widerstandskämpfer, der sich gegen Kriegsende der Tiroler Widerstandsgruppe 05 angeschlossen habe. Steiner verkörpere mit seinem ganzen Leben die Haltung des Erinnerns, in dem er vor allem auch als Leiter des Versöhnungsfonds an die Menschen, ihr Schicksal und ihr Leiden erinnere. Als Tiroler in Wien lebend habe er viel für das Verständnis in seiner Heimat für den „Wasserkopf Wien“ beigetragen, er sei eine Art Brückenbauer gewesen.

Kurt Scholz, Bereichsleiter für Restitutionsangelegenheiten der Stadt Wien, der Laudator, würdigte Steiner als einen großen Österreicher, eine Persönlichkeit, die in die Geschichte eingegriffen habe. Nach dem Krieg sei Steiner zum „Anwalt des sozialen und politischen Ausgleiches“ geworden, habe am Staatsvertrag mitgewirkt und sich der Südtirolpolitik gewidmet. Heute spräche man von Steiner achtungsvoll als „Grandseigneur der österreichischen Außenpolitik“.

Wir haben in unserem Organ „Der Freiheitskämpfer“

wiederholt über die Verdienste und die Tätigkeit unseres Kameraden Dr. Ludwig Steiner berichtet. Im FK vom März 1994, Seite 3, würdigten wir vor allem die Verdienste von Kamerad Steiner bei der



Befreiung Innsbrucks. Er hatte in Zusammenarbeit mit der Widerstandsgruppe 05 Kontakt mit den Amerikanern aufgenommen und diese am 3.5.1945 kampflos in das schon rot-weiß-rot beflaggte befreite Innsbruck geführt.

Anlässlich seines 75. Geburtstag – Steiner wurde am 14.4.1922 in Innsbruck geboren – feierte die Politische

Akademie der ÖVP, deren Präsident Steiner von März 1989 bis Juni 1996 gewesen ist, insbesondere Steiner als Widerstandskämpfer, eine jener Personen, die die Prinzipien, nach denen heute unser Staat erbaut ist, innerlich und ihre Verwirklichung hoch hielten. In dem Artikel „Kamerad Dr. Ludwig Steiner – ein 75-jähriger –“ im FK vom März 1997 wiesen wir auf die Tätigkeit Steiners in politischer und diplomatischer Hinsicht hin.

Vom Juni 1979 bis November 1990 war er Abgeordneter der ÖVP im Nationalrat. Auch als Diplomat hatte er nicht immer gerade leichte Aufgaben zu lösen, vor allem bei seinen letzten Stellungen als österreichischer Botschafter in Sofia und Athen. In einem Brief an den Staatssekretär im auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland Wolfgang Ischinger wandte er sich gegen die Österreich von den vornehmlich links regierten anderen Mitgliedstaaten der EU verhängten Sanktionen wegen Aufnahme der Freiheitlichen in die Regierung Schüssel; in Berlin drohe man mit einer Maßnahme gegen Österreich, die an das Jahr 1933 erinnere, nur weil ein Teil der Bevölkerung es gewagt habe, bei einer demokratischen Wahl ihre Stimme nicht im Sinne der rot-grünen Koalition in Berlin abzugeben (siehe FK Nr. 1 vom März 2000, Seite 5). Zu einer Zeit, in der andere ruhig ihre Pension genießen, hat Steiner als Vorsitzender des Komitees des österreichischen Versöhnungsfonds für Zwangs- und Sklavenarbeiter während der NS-Herrschaft nicht nur einen großen Arbeitsaufwand mit viel diplomatischem Fingerspitzengefühl bewältigt, sondern dadurch auch wesentlich für Österreichs Ansehen im Ausland beigetragen.

Wir gratulieren unserem Kameraden Dr. Ludwig Steiner für die diese hohe Auszeichnung und wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg Gottes reichsten Segen.

Vor kurzem ist in der Verlagsanstalt Athesia in Bozen

Steiner war einer der Mitbegründer der ÖVP in Tirol, Sekretär von Außenminister Gruber und Bundeskanzler Ing. Raab, in dessen Begleitung er an den Staatsvertragsverhandlungen in Moskau teilgenommen hat. Als Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten vom April 1961 bis April 1964 ist er maßgeblich an den Abschlussverhandlungen über Südtirol beteiligt gewesen.

unter dem Titel „Ludwig Steiner, der Botschafter, ein Leben für Österreich“ eine Darstellung seines Lebensweges bis zum Jahre 1972, seinem 50. Geburtstag, erschienen; im folgenden Buch wird die Perio-

de ab 1972 bis heute behandelt werden, eine Periode, die Österreich den Beitritt zur EU gebracht habe, „die uns den Zusammenbruch des Realen Sozialismus und den Zerfall der Sowjetunion erleben ließ“.

Das jetzt schon vorliegende Buch ist nicht nur für zeitgeschichtlich interessierte Kameraden interessant, die zum Teil das gleiche Schicksal wie Steiner erlitten haben; es ist auch sehr geeignet als Ge-

schenk für unsere nachfolgenden Generationen, damit sie sehen und wissen, wie wir unsere Zeit erlebt und erlitten haben.

Ju. ■

Würdiges Dollfuß-Gedenken

Die traditionelle Gedenkveranstaltung zum Todestag von Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß fand heuer am 23. Juli statt.

Es ist äußerst bedauerlich, dass trotz aller Problematik um die Ereignisse des Jahres 1934 an die hervorragenden Leistungen des ersten Opfers des Nationalsozialismus aus der politischen Führung unseres Landes so wenig gedacht wird, ja sogar von der weltanschaulichen Nachfolge-Bundespartei diese Zeit mit allen Opfern fast verschämt verschwiegen wird.

Heuer sprach Worte des Gedenkens der Obmann der Jungen Wiener ÖVP, unser Mitglied Markus Kroiher, der in anschaulichen Worten seinen Blickwinkel auf die Zeit vor 1945 ausrichtete und gleichzeitig auf die Jetztzeit mit allen wesentlichen Fra-



gen einging. Ich bin sehr froh gewesen, dass von einem jungen Kameraden, der diese Vergangenheit nicht mitmachen musste, seine Auffassung einer größeren Anzahl von Teilnehmern dargelegt wurde.

Im Anschluss an die Gedenkworte wurde ein Kranz niedergelegt. Wie in den vergangenen Jahren wurden noch das Grab der Familie Schuschnigg und die Gräber der letzten Opfer des NS Regimes besucht. Biedermann, Huth und Raschke waren am Spitz im 21. Wiener Gemeindebezirk an Laternenmasten gehenkt worden. An allen besuchten Grabstätten wurde auch im Gebet der Toten gedacht.

GK ■

Gebet zum Frieden

friede der freuden
friede der lichter
friede der tröstungen

friede der seelen
friede des himmels
friede der jungfrau

friede der feengehege
friede der friedfertigkeit
friede des immerseienden

Aus: „Der Schlüssel des hl. Patrik, religiöse Dichtungen der Kelten“, Übertragen von H.C. Artmann, Otto Mühl-Verlag, Salzburg, Seite 42

Ju.



Roter Oktober?

In manchen Presseorganen ist aufgrund der Ergebnisse der Landtagswahlen im Oktober dieses Jahres in Steiermark (2.10.), Burgenland (9.10) und Wien (23.10.) von einem „roten Oktober“ die Rede. Der „rote Oktober“ wurde in der Sowjetunion viele Jahre lang mit großen Paraden usw. gefeiert. Im Jahre 1917 haben am 25. Oktober alter Zeitrechnung (=8.11.) in Petersburg und am 13. Oktober (=12.11.) in Moskau die Bolschewiken die Macht ergriffen. Mit diesem revolutionären Akt sind die Wahlen im heurigen Oktober auf keinem Fall zu vergleichen.

Die Wahlen in der Steiermark haben wohl einen politischen Umsturz gebracht. Seit dem Jahre 1945 hat die ÖVP dort den Landeshauptmann gestellt, der nun aufgrund der Wahlergebnisse von den Sozialisten gestellt werden kann. Diese Niederlage der ÖVP in der Steiermark hat mehrere Ursachen. Vor allem ist es die Zerrissenheit der Partei. Schon vor den Wahlen 1997 in Oberösterreich und im Burgenland haben in vielen Gesprächen und Interviews westlicher Parteichefs und auch Spitzenleute aus dem Süden, wie Steiermarks Hirschmann, am Zustand der Volkspartei Kritik geübt; vor allem den besonnenen Worten und der festen Haltung des damaligen Klubchefs Andreas Khol ist es gelungen, die Lage wieder zu beruhigen (siehe FK vom Oktober 1997, Seite 5 f. „Unruhe in der Volkspartei“). Wenige Wochen vor den Europawahlen 1999 hat sich Erzherzog Karl entschlossen, als Spitzenkandidat einer von habsburgfreundlichen Kreisen gegründeten Partei „Christlich-Soziale Allianz“ zu kandidieren; damit hat er der ÖVP mehrere tausend Stimmen abgenommen, was zur Folge hatte, dass sie bei diesen Wahlen von Sozialisten überflügelt worden ist (siehe FK vom Juni 1999, Seite 5 „Eine Absplittierung“ und FK Nr. 4 vom Dezember 1999, Seite 2 „Unerwartetes Wahlergebnis“). Intrigen und Machtkämpfe, die

innerhalb der Partei aufgebrochen sind, haben das gepflegte Bild der einigen Parteifamilie in der Steiermark praktisch konterkariert, schreibt Rudolf Mitlöhner in der Furche vom 6.10.2005 auf der Titelseite unter der Überschrift „Styrian Spirit“. Nicht unbegründet sind daher die Schlussworte von Bundeskanzler Dr. Schüssel am 7.10. dieses Jahres am Ende der Klausur der ÖVP in St. Wolfgang gewesen: Man müsse Politik ernst nehmen und die internen Streitigkeiten beenden.

Ein weiterer Grund für die Niederlage der ÖVP in der Steiermark sind, wie Manfred Scheuch unter der Überschrift „Heißer Herbst für Schüssel“ in „Der Sozialdemokratische Kämpfer“ Folge 7-9 2005, Titelseite schreibt, „eine beispiellose Aneinanderreihung von Skandalen, die wie Eiterbeutel aufbrachen“. Wahlen würden heute zunehmend über Stimmungen gewonnen, nicht aufgrund erbrachter Leistungen, schreibt „Julius“ in „Die Exekutive, Kameradschaft der Exekutive Österreichs“ vom Oktober 2005 unter dem Titel „Der gute Onkel E.“. Populisten gebe es nunmehr nicht nur am rechten, sondern auch am linken Flügel des Spektrums. Man werde sich also in Zukunft die Frage stellen müssen, wie man mit diesem Phänomen umgehe. Vielleicht sollte man den Wählern vor Augen führen, dass es die reine Proteststimme nicht gebe,

sondern man immer auch die jeweilige Ideologie mitwähle; dass auffallend viele ÖVP-Wähler dem „freundlichen Steirerkummerl“ ihre Referenz erwiesen haben, dürfe nicht bagatellisiert werden. Die unvermeidliche und prinzipiell begrüßenswerte Globalisierung sollte besser erklärt werden, Änderungen im Sozialstaatsgefüge müssten mit dem Volk diskutiert werden (Herbert Feichtelbauer in der Furche vom 6.10.2005, Seite 7, unter der Überschrift „Zwei Wahlen als Lehrstücke“).

Bei den Landtagswahlen im Burgenland am 9.10. ist es den Sozialisten unter Landeshauptmann Hans Niessl gelungen, die 50% Marke deutlich zu übertreffen; auch die ÖVP hat an Stimmen gewonnen. Beides ging auf Kosten der Freiheitlichen. Der Versuch, der ÖVP, die länger zurückliegende, zweifellos problematische Entwicklung der Bank Burgenland Niessl zur Last zulegen, würde den Fakten nicht Stand halten, schreibt Manfred Scheuch (aaO). Dagegen meint Otto Friedrich in „Kein Anreiz zur Zurückhaltung“ in der Furche vom 13.10.05, Seite 8, dass der politische Dilettantismus und die vergebliche Privatisierung der Bank Burgenland bei der Wahl nicht zu Buche geschlagen habe, sei kein gutes Zeichen. Offenbar seien nicht nur Hans Niessl und die Seinen, sondern auch die Wähler mit diesem Thema überfordert gewesen.

Nach den Pleiten der Grünen bei den Landtagswahlen in Steiermark und Burgenland, schreibt Peter Pilz in „Die Presse“ vom 12.10.05 Seite 3 unter der Überschrift „Ohne Position im Sozialbereich“, in einem Bundesland ohne große Städte und ohne Universitäten hätten es die Grünen besonders schwer. Im Burgenland hätten die Grünen 18 % ihrer Wähler in der Steiermark sogar 20 % verloren. Wenn Menschen, die die Grünen gewählt haben und offensichtlich niemand anderen wählen wollen, einfach zu Hause blieben, dann seien wir ihnen nicht wichtig genug.

Knapp vor den am 23.10. in Wien stattgefundenen Wahlen für den Landtag, Gemeinderat und die Bezirksvertretungsorgane ist durchgesickert, dass auch die BAWAG in Wien einen noch weit größeren Schaden als die burgenländische Bank durch leichtsinnige Kreditvergabe an schon im Insolvenzverfahren stehende Firmen in den USA erlitten hat; es ist jedoch maßgebenden Kreisen gelungen, dafür zu sorgen, dass darüber vor den Wahlen nichts Näheres bekannt werde; durch Verwendung dieser Tatsachen im Wahlkampf könne „der Finanzstandort Österreich Schaden erleiden“. Dass bei diesen Wahlen die Sozialisten wieder die stimmenstärkste Partei würden, ist von Anfang an unbestritten gewesen. Sie haben bei diesen Wahlen mit 49 % 2,1 % der Stimmen dazu gewonnen und nunmehr 55 Mandate (+3); den stärksten Stimmenzuwachs hat die ÖVP mit 18,6 % der Stimmen (Zugewinn 2,54 %) erreicht, sie hat 18 Mandate errungen (+2). Dieser Stimmenzuwachs der beiden Parteien ist auf Kosten der Freiheitlichen gegangen, die 5,7 % verloren haben und nunmehr 14,9 % und 13 Mandate (-8) haben. Die Grünen haben mit 14,7 %

2,2 % der Stimmen dazu gewonnen und sind auf 14 Mandate gekommen.

Wahlziel der Sozialisten sei laut Scheuch (aaO) gewesen, das „Traumergebnis von 46,9 %“ der Wahl von 2001 noch zu überschreiten; dies ist den Sozialisten gelungen. Die ÖVP hat sich, so Dr. Tschirf im „105“ Nr. 3 aus 2005, Seite 9 „WCV – Sommergespräch“ erwartet, aus dieser Wahl als Nummer 2 dieser Stadt hervorzugehen; der ÖVP ist dies gelungen, obwohl es zumindest auf Bezirksebenen wieder Parteistreitigkeiten gegeben hat. Wie vorher im 7. Wiener Gemeindebezirk haben die Grünen nun auch im achten Wiener Gemeindebezirk den Bezirksvorsteher errungen; deren Spitzenkandidat ist, als Bussek die Partei führte, noch Mitglied dieser Partei gewesen (Journalistengespräch am 24.10.05 im Abendprogramm des ORF). In den Bezirken 1, 4, 13, 18, und 19 stellt die ÖVP weiter den Bezirksvorsteher.

Die Grünen, die auf 20 % der Stimmen gehofft haben, haben dieses Ziel nicht erreicht. Die Partei wolle sich inhaltlich besser positionieren, was aber nicht ganz ungefährlich sei, schreibt Martin Fritzl in „Die Presse“ vom 13.10.05, Seite 35 unter dem Titel „Grüne: Wohlfühl-Faktor wird zum Bumerang“.

Im Bundesrat haben durch die Ergebnisse der drei Landtagswahlen die Sozialisten zwei Mandate dazu gewonnen; eines auf Kosten der ÖVP in der Steiermark und eines auf Kosten der Freiheitlichen in Wien. Dadurch haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat geändert; die Regierungskoalition hat ihre absolute Mehrheit verloren.

Ju. ■

Späte Erinnerung

Im seinerzeitigen nationalsozialistischen Zuchthaus Brandenburg-Görden an der Havel, eine der berüchtigsten Hinrichtungsstätten des NS-Terrors, sind 2743 Häftlinge, aus verschiedenen Motiven Gegner der NS-Diktatur, ermordet worden. Am Friedhof am Marienberg, einem Hügelrücken am Stadtrand, wird in einem Ehrenmal aus dem Jahr 1947 an diese Widerstandskämpfer erinnert (die Furche vom 9.6.2005, Seite 15, Clemens Renolder „Späte Erinnerung“).

Am 31.5.05 hat in diesem einstigen Zuchthaus Nationalratspräsident Andreas Khol einen Gedenkstein für den Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter und 90 weitere Österreicher, die hier in der NS-Zeit hingerichtet worden sind, enthüllt. Unter diesen haben sich der Palloliner Pater Franz Reinisch, der sich geweigert hatte, den „Führereid“ abzulegen, sowie Sozialisten wie Richard Zach, christlich-soziale wie Philipp Postel, Mitglieder der kom-

munistischen Widerstandsgruppe Leopold Ecker, und farben tragende katholische Studenten befunden. „Kleine Leute, die Widerstand geleistet haben“, sagte Khol, und „die für ihre Überzeugung starben“, wie die Inschrift auf dem Gedenkstein lautet. Für Franz Jägerstätter und Franz Reinisch läuft ein Seeligensprechungsverfahren. („Der Sonntag“ vom 5.6.2005, letzte Seite „Kein Führereid“).

Ju. ■

Unteilbarkeit der Geschichte

Nach seiner Teilnahme an den Befreiungsgedenkveranstaltungen in Mauthausen in diesem Jahr (2005) erklärte der Nationalratsabgeordnete Dr. Vincenz Liechtenstein: „Es muss mehr getan werden, um der Jugend ein umfassendes Geschichtsbild zu vermitteln.“ Anhand zweier Beispiele – Robert Bernardis und Anton Schmid – machte er deutlich, „dass Österreich bisher zu wenig getan hat, um seine Märtyrer des Widerstandes angemessen zu ehren“.

Eine Gedenktafel genüge nicht. Tiefe Verankerung der Erinnerung im breiten Bewusstsein der Bevölkerung sei anzustreben: „Bernardis kämpfte an der Seite Stauffenbergs für den Sturz des NS-Regimes, der Befreiung aller besetzten Gebiete und die rasche Beendigung des Krieges. Dieser heldenhafte Widerstand war ein notwendiger Schritt zur Selbstbefreiung, der der Welt zeigte, dass es bei

uns Menschen gab, die Diktatur und Ideologie der Nazis klar ablehnten.“

Dass zahlreiche Christen damals im Widerstand an vorderster Front standen, hob Liechtenstein besonders hervor: „Ein katholischer Märtyrer und österreichischer Nationalheld wie Feldwebel Anton Schmid darf nicht in Vergessenheit geraten. In Deutschland – noch nicht in Österreich – wurde eine Kaserne nach ihm benannt. In Haifa trägt eine Straße seinen Namen. Israel ehrt ihn als „Gerechten der Völker“. Er wurde zur Wehrmacht eingezogen und nach Litauen geschickt. Sein Auftrag lautete, versprengte Soldaten aufzugabeln und wieder den Fronttruppen zuzuführen. Dafür standen ihm Gebäude und Fahrzeuge zur Verfügung. Beides nutzte er um – vom Sommer 1941 bis zur Festnahme und Ermordung 1942 – 300 Juden das Leben zu retten. Er versteckte sie, ver-

pflegte sie, verschaffte ihnen Papiere und brachte sie, so gut er konnte, in Sicherheit. Was in seiner Macht stand, tat er, um sie zu schützen. Anton Schmid ist ein Symbol für Menschlichkeit. Er bewies Anstand. Mit seinem tapferen selbstlosen Einsatz ist er ein Vorbild. Ein Symbol der Nächstenliebe Er kämpfte für die Humanität, für die Freiheit, für die Wahrheit, für die menschliche Würde. Das moralisch Richtige zu tun war ihm wichtiger als sein Leben.“

Dieser Teil unserer Geschichte müsste der Jugend stärker vermittelt werden, fordert Liechtenstein. Notwendig sei ein offener Umgang mit der Vergangenheit. Österreichs Ansehen in der Welt sei der Lohn für den Mut, sich der Geschichte zu stellen; und zugleich „der beste Schutz für die Demokratie, die beste Sicherung unserer Zukunft in Freiheit“.

Ju. ■

Fast eine Weihnachtsgeschichte

Unser leider viel zu früh verstorbener Kamerad Camillo Heger (CH) hat mir einmal folgende Geschichte erzählt:

Als führendes Mitglied der katholischen Widerstandsgruppe „Österreichische Front/Österreichische Bewegung“, bestehend aus jungen Patrioten aus „Jungvaterland“ und dem „Österreichischen Jungvolk“ (FK vom März 1996, Seite 3 f.), ist er am 7.2.1940 von der Gestapo verhaftet worden und bis 18.12.1941 in Haft im Polizeigefangenenhaus Rossaurolände gewesen. Dort hat er es zum Hausarbeiter („FAZI“) gebracht und hatte als solcher Gelegenheit, auch einen Offizier der Gefangenenhausdirektion (Polizei) kennen zu lernen, der selbst in einer anderen Widerstandsgruppe tä-

tig gewesen ist. Auch nach seiner Haftentlassung hat er Kontakt mit diesem Widerstandskämpfer gehalten. Eines Tages erhielt er eine Theaterkarte in die Hand gedrückt mit dem Hinweis, eine der beiden Sitz-Nachbarn gehöre einer Widerstandsgruppe an; CH möge mit diesem zusammenarbeiten.

Im Theater saß neben ihm auf einer Seite ein altes Ehepaar, auf der anderen Seite eine hübsche junge Frau. Kaum hatte die Vorstellung begonnen, wies die junge Frau ihre Eintrittskarte CH vor, die beiden Abrisse passten aneinander, auch das Stichwort hat ge-

stimmt. Die junge Frau (JF) stellte sich als Französin vor, die in dem Betrieb, in dem CH auch auf dem Personalsektor tätig gewesen ist, als Schreibkraft und Französisch-Dolmetscherin tätig gewesen ist. Sie ersuchte CH, ihr dabei behilflich zu sein, eventuell Personal auf Urlaub gehen zu lassen oder auszutauschen, falls es aus Widerstandsgründen notwendig wäre. Diese Zusammenarbeit hat bis zu seiner Einberufung zur Deutschen Wehrmacht im Jahre 1943 geklappt.

Im Dezember 1947 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt hat er wieder bei seiner Mutter in Wien 16, Ottakring, gewohnt. Der 16. Bezirk gehörte zur französischen Besatzungszone. Eines schönen Tages ist er von einem Polizeibeamten aufgefordert worden, mit ihm zur Ortskommandatur zu kommen; eine solche Aufforderung war immer mit gemischten Gefühlen verbunden: Was

wollen sie von mir? Überrascht über den freundlichen Empfang in der Ortskommandatur wurde er in das Vorzimmer des Ortskommandanten geführt, laut Türschild eines Obersten der französischen Armee.

Die Tür öffnete sich und freudig erregt kam in der Uniform eines Obersten der französischen Armee ihm die JF, die mit ihm im Widerstand zusammengearbeitet hatte, entgegen. Nach längerem Geplauder und Erzählen sagte sie zu CH: Ich habe gesehen wie schlecht du wohnst; da hast du die Schlüssel einer voll eingerichteten Zwei-Einhalb-Zimmerwohnung eines geflüchteten Nazis, du kannst sie ruhig nehmen, er wird nie wieder zurück kommen. CH hat in seiner Bescheidenheit die Übernahme der Schlüssel abgelehnt.

Damit endete seine Erzählung. Ju. ■

Weihnachtslied für die Mutter der Gefallenen

O Mutter, hör mich an!
Der Schein der Christbaumkerzen
Hat deinem armen Herzen
Aufs neu die bittere Wunde aufgetan.
Der jung ins Feld gegangen,
Ach, er tritt nimmer, nimmer
Zu dir ins Weihnachtszimmer,
Den Knabenflaum auf windgebräunten Wangen.

Oh Mutter, weine nicht!
Das Kind, das du geboren,
Der Sohn, den du verloren,
Er liegt allein in fremder Erde nicht.
Wohl ward er eingesenkt
In östlich ferne Krume,
Wohl ward ihm keine Blume
Auf seinem schneeverwehten Grab geschenkt.

Doch, liebe Mutter, wiss':
Dein Sohn hat sich entrungen,
Dem Grab, das ihn verschlungen,
Ihn bannen nicht mehr Frost und Finsternis.
Er kniet im sternennem Zelt
Zu hoher Weihnachtsstunde.
Es streichelt seine Wunde,
Das Kind von Betlehem, der Herr der Welt.

Aus Paula von Preradovic „Ritter, Tod und Teufel“ Seite 27. Ju.

Der Herr geht durch das Lager

Ein roher Holztisch, drauf ein Tuch gebreitet,
von groben, kant'gen Steinen rings beschwert,
armselig das Gerät, von geringem Wert,
mit dem der Priester zum Altare schreitet.

Wie wird das Herz uns dennoch geweitet,
wie nie zuvor, so friedlich und verklärt
der Menschen Antlitz, nicht vom Leid versehrt,
des' Spur sonst über die Gesichter gleitet.

So arm, wie er in Betlehem geboren,
kommt er ins Lager die Gefang'nen trösten,
der Herr des Alls, und wer sich dünkt verloren,
schöpft neue Kraft, denn wo die Not am größten,
da naht der Herr, der, die er auserkoren,
aus tiefstem Leid befreit als die Erlösten.

Aus: Lois Prinner, „Frühlingserwachen und Herbstgold“, Internationaler Literatur- und Lyrikverlag, Wien 1992, Seite 27 Ju.

Widerstand: Maier-Messner-Caldonazzi

Mit Urteil des NS-Volkgerichtshofes vom 28.10.1944, Zahl 6 J 158/44-g – 6 J 165/44-g, sind von den zehn wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in Schutzhaft befindlichen Angeklagten folgende sieben zum Tode verurteilt worden, drei zu Kerkerstrafen.

Im Urteil wurde ihnen vorgehalten, sie hätten in den Alpen- und Donau-Gauen, vornehmlich in Wien, sowie teilweise im Ausland in den Jahren 1942 – 1944 durch „Beteiligung an einem separatistischen Zusammenschluss“ den Hochverrat vorbereitet und dadurch die Feinde des Reiches begünstigt, sie hätten weiters Verbindungen zum feindlichen Ausland aufgenommen und dieses auf deutsche Rüstungswerke zum Zweck des Luftbombardements hingewiesen, weiters Angehörigen der Wehrmacht und Schutzpolizei Mittel verschafft oder bei ihnen angewendet, um diese wenigstens zeitweise für den Kriegseinsatz untauglich zu machen, sowie unerlaubte Flugblätter hergestellt und verbreitet und französischen Kriegsgefangenen und einem deutschen Soldaten zur Flucht ins Ausland zu helfen versucht.

DDr. Maier Heinrich, Priester, als Sohn eines Eisenbahnerehepaars am 16.2.1908 in Großweikersdorf (NÖ) geboren, hat in Wien und Rom Theologie und Philosophie studiert und in beiden Fächern promoviert. 1932 ist er zum Priester geweiht worden und ist zwischen 1932 und 1939 als Kaplan in mehreren Pfarren im südlichen Niederösterreich tätig gewesen. 1939 tritt er seinen letzten Seelsorgeposten in der Pfarre St. Leopold Gersthof (Wien XVIII.) an. Am 22.3.1944 wird er in der Sakristei von der Gestapo

verhaftet und am 28.10.1944 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Trotz Todesurteil wird er im November 1944 in das KZ Mauthausen gebracht, da man erhoffte, mit den dort vorhandenen Möglichkeiten noch Einzelheiten über seine Widerstandsgruppe aus ihm herauspressen zu können. Im Jänner 1945 wird er zurück in das Landesgericht nach Wien gebracht und am 22.3.1945 enthauptet. Anlässlich der 60. Wiederkehr seiner Enthauptung ist am 16.3.2005 in der Hinrichtungsstätte des Landesgerichtes Wien seiner gedacht worden. Maier, Gründer und Führer dieser Widerstandsgruppe, ist zur Überzeugung gekommen, dass dem NS-Gewaltregime nur durch politischen Widerstand ein Ende bereitet werden könne und hat sich aus Gewissensgründen dazu entschlossen. Seine letzten Worte sind gewesen: „Es lebe Christus der König und ein freies Österreich“. Eine Gasse in Wien-Währing, eine Ausstellung und ein Denkmal in der Pfarrkirche erinnern an ihn.

Andreas Hofer, Revieroberwachtmeister der Schutzpolizei, geboren 24.8.1915 in Innsbruck, Wien 19 wohnhaft, wird vorgeworfen, er habe zusammen mit anderen durch Verabreichung fiebererregender Mittel an Soldaten, die vor einer militärischen Untersuchung gestanden seien, diese zum Kriegseinsatz untauglich machen wollen. Weiters habe er wieder zusammen mit an-

deren Angeklagten versucht, französischen Kriegsgefangenen und einem deutschen Soldaten zur Flucht über die Reichsgrenze ins Ausland zu verhelfen.

Walter Caldonazzi, Diplomingenieur und Forstwirt, 3.6.1916 in Mals, Südtirol, geboren, hat in der Hochschule für Bodenkultur in Wien Forstwesen studiert und ist anschließend in Tirol als Forstwirt tätig gewesen. Als leitender Funktionär hat er sich der Widerstandsgruppe angeschlossen und durch seine Initiative in Kramsach eine Zweiggruppe gebildet, die sich aus Arbeitern und Angestellten des Messingwerkes Achenrain zusammensetzte. Am 15.1.1944 wird er von der Gestapo verhaftet. Die Anklage lautet auf „Selbständigmachung Österreichs zum Schaden des deutschen Reiches“; ihm wird weiters vorgeworfen Wehrdienstpflichtige durch Verabreichung fiebererregender Medikamente dienstunfähig gemacht zu haben und illegale Flugblätter hergestellt und verbreitet zu haben. Am 9.1.1945 wird er im LG Wien enthauptet.

Josef Wyhal, Mediziner, 22.2.1903 in Wien geboren, Wien 1 wohnhaft, wird ebenfalls vorgeworfen, Militärdienstpflichtige durch Verabreichung von Medikamenten für den Kriegseinsatz untauglich zu machen, französischen Kriegsgefangenen und einem deutschen Soldaten bei der Flucht behilflich zu sein.

Hermann Klepell, Technikstudent, 19.6.1918 in Wien geboren, Wien 18 wohnhaft, ist der Verbindungsmann zum

sozialistischen Widerstand gewesen. Ihm wird ebenfalls u.a. vorgeworfen, Fluchthilfe geleistet zu haben. Eines seiner letzten Worte ist gewesen: „Wir sterben nicht umsonst. Unser Tod ist eine Aussaat, die Früchte bringen wird.“ Wie der evangelische Gefängnispfarrer schreibt, „hat Hermann Klepell durch seine Haltung ihm die erlösende Gewissheit gegeben, dass am Ende eines Menschenlebens nicht immer die Verzweiflung und das Grauen stehen muss, dass neben dem Tod und über den Tod auch die ihn besiegende Liebe stehen kann, die der anderen gedenkt, die zurück bleiben.“

Wilhelm Ritsch, Dr. phil., 15.2.1915 in Brez (Triest) geboren, Wien 7 wohnhaft, wurde für schuldig erkannt, staatsfeindliche Flugblätter hergestellt zu haben und ebenfalls Fluchthilfe geleistet zu haben.

Dr. Franz Josef Messner, Generaldirektor der Semperit-Werke, 1896 in Brixlegg geboren, Wien 18 wohnhaft, ungeklärter Staatsangehörigkeit, war als Inhaber eines südamerikanischen Reisepasses im Stande, unauffällig immer wieder ins Ausland zu reisen; gehörten doch zum Konzern der Semperit-Werke Fabriken von Istanbul bis Madrid. Er verfügte über gute Auslandskontakte; über die Schweiz dürfte seine Verbindung zu den Alliierten und zum amerikanischen Geheimdienst gelaufen sein. Ihm und Maier wird vorgeworfen, dem Feind im feindlichen Ausland auf deutsche Rüstungswerke zum Zwecke der Luftbombardements hingewiesen zu haben. Damit wollten die beiden ver-

meiden, dass wahllos Wohnbezirke zerstört werden. Zusammen mit Maier wurde er im November 1944 in das KZ Mauthausen gebracht und ist

dort am 23.4.1945 umgebracht worden.

Literatur:
Widerstand und Verfolgung in Wien
Band 3, herausgegeben vom Doku-

mentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien.

Farben tragen – Farben bekennen, 1938, 1945 „Katholische Korporierte in Widerstand und Verfolgung“ herausgegeben vom Österreichischen Verein für

Studentengeschichte, Wien XIII. Unser Währing, Vierteljahresschrift des Museumsvereins Währing, 30. Jahrgang. 1995, 1. Heft
FK 10/95, Seite 12.

Ju. ■

In Wien während der Befreiung 1945

Der Zeitzeuge HC ist als Angehöriger der Widerstandsgruppe des Klosterneuburger Chorcherrn Roman Scholz von der Gestapo am 27.8.1940 unter dem Verdacht, „sich für eine Organisation zum Nachteil des Deutschen Reiches zu betätigen“, verhaftet worden. Nach jahrelanger Haft in verschiedenen Gefängnissen Österreichs und des „Altreiches“ sind Ende 1943 Anfang 1944 bei den stattgefundenen Prozessen gegen die „Gruppen“ Scholz, Kastleic und Lederer 11 Todesurteile, von denen 9 vollstreckt worden sind, und teilweise hohe Gefängnis- und Zuchthausstrafen, im wesentlichen wegen Vorbereitung zum Hochverrat und sogenannte Wehrkrafteersetzung, verhängt worden. Die tatsächliche Haftzeit aller dieser Gruppenmitglieder betrug insgesamt 362 Jahre; einige Kameraden sind in der Haft verstorben.

Im April 1943 ist HC offensichtlich wegen seiner Jugend und als „Kanonenfutter“ aus der Haft entlassen um auch sofort zur Deutschen Wehrmacht einberufen worden. Ende 1944 ist er in Kurland verwundet worden und konnte noch aus dem Kessel in mehrere Lazarette, zuletzt in Thüringen, kommen. Dort meldete er sich, als die Rote Armee die österreichische Grenze überschritten hat, freiwillig zur vorzeitigen Entlassung und bekam dafür einen Urlaubsschein nach Wien. Nach abenteuerlicher Fahrt in Wien angekommen, ging er der Heeresstreife „durch die Lappen“ und suchte seine Wohnung im 1. Bezirk auf. Dort musste er vom Hausmeister erfahren, dass seine Mutter nach einem Bombenschaden ausgezogen ist. Bei Bekannten hat er dann erfahren, dass sie in einer Villa am Rande von Pötzleinsdorf untergekommen ist. Mit Freude ist er von ihr empfangen worden, doch auch in Sorge wegen der damaligen Aufrufe an Soldaten „sich zu melden“.

Vom Dachfenster der Pötzleinsdorfer Villa hatte er einen weiten Überblick; so konnte er erkennen, dass „russischer“ Tross über die Höhenstraße zog. Kampfhandlungen in der

Umgebung hat es nicht gegeben. Seine Uniform hatte er bald ausgezogen. Auf der Straße stieß er auf den ersten Rotarmisten, den er freundlich begrüßte, der aber war mehr an der Ingangbringung eines offenbar „requirierten“ Motorrades interessiert und damit beschäftigt.

Nachdem er sich überzeugt hatte, dass Pötzleinsdorf „frei“ war und er auch von ferneren Kampfhandlungen wenig bemerkt hatte, entschloss er sich, in die „Stadt“ vorzudringen, um in seiner Wohnung „nach dem Rechten“ zu sehen. Er marschierte durch mehr oder weniger menschenleere Straße und vorbei an jeglichen Spuren des Krieges und von Kämpfen. Unmittelbaren Gefechtslärm hat er kaum wahrgenommen, erst gegen den Donaukanal zu bemerkte er das Vorgehen von Rotarmisten gegen diesen. Jetzt sei ihm klar geworden, dass er sich offenbar der Hauptkampflinie näherte. Heute weiß er, dass in diesen Tagen tatsächlich der Donaukanal die nur kurz gehaltene Rückzugslinie der deutschen Seite war. Er konnte sein Wohnhaus jedenfalls erreichen und nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem dort be-

findlichen Sowjetoffizier und einer Mannschaftsgruppe, kurioser Weise auch mit Pferd, in die Wohnung gelangen. Diese war wohl bereits aufgebrochen worden, aber da seine Mutter fast nur Möbel zurückgelassen hatte, außer Fahrrädern wenig geplündert. Nach diesen Feststellungen verließ er ungehindert das Haus, begab sich auf den Heimweg und erreichte ungeachtet seines risikoreichen „Unternehmens“ guten Mutes unbehelligt Pötzleinsdorf. Der Ausflug bestätigte ihm eine allgemeine Erfahrung, dass Fronttruppen meist andere Sorgen haben als sich um auftauchende Zivilisten zu kümmern oder sie gar zu belästigen. Leider ist in der Folgezeit dies bei der zurückgebliebenen Besatzung keineswegs der Fall gewesen, wofür vor allem massenhafte Übergriffe und Trunkenheitsexzesse zeugen.

Festzuhalten bleibt aber dennoch, dass die Wiener Bevölkerung das Kriegsende zu tiefst herbeigesehnt und das Ende der Nazierrschaft ebenso begrüßt hat. Dass diese Freude nur schwer zum Ausdruck gebracht werden konnte, hängt mit der vorerst be-

stehenden Not, auch mit dem Mangel an Lebensmitteln und vielen anderen negativen Erscheinungen und Vorfällen zusammen. Sie umfassten auch die Demontage und Verschickung ganzer Industrieanlagen und vieler Maschinen in die Sowjetunion. Da sich die Belastungen vor allem durch die sowjetische Besatzung noch Jahre fortsetzten und Österreich noch zehn Jahre seiner Souveränität entkleidet blieb, sind es erst die berühmt gewordenen Worte „unseres“ Leopold Figl im Belvedere „Österreich ist frei“ gewesen, die die langen Schatten auf unser Vaterland endgültig verschwinden ließen.

Grundsätzlich soll zum Schluss bemerkt werden: Historisch besteht kein Zweifel, dass Wien vor allem durch den sieghaften Vormarsch der Roten Armee von der nationalsozialistischen Tyrannei befreit worden ist. Das für heuer ausgerufenen „Gedankenjahr“ soll Anlass sein, über unsere „Zeitgeschichte“ mit dem vielen, was in ihr gestritten, gelitten, gekämpft wurde aber auch gelungen ist, nachzudenken und Anlass zur Freude und österreichischem Selbstbewusstsein in einem Europa des Friedens sein. Und denken wir auch daran: „Geschenkt wurde und wird uns nichts, alles hat seinen Preis! Gefährdung gibt es immer, zumal wenn errungener Wohlstand zur „Geschichtslosigkeit“ einlädt. Aus der Geschichte kann man aber nicht austreten!“ Ju. ■

Gedenkfahrt 2005 des Wiener Landesverbandes

In diesem Jahr wurde die traditionelle Gedenkfahrt im Hinblick auf die heuer anfallenden verschiedenen Jubiläen zur Schallaburg gestartet. Zur Freude aller waren auch viele junge Kameradinnen und Kameraden der Einladung gefolgt.

Die Führung durch die Ausstellung „Österreich ist frei“ war für alle ein Erlebnis.

Sowohl für alle älteren Teilnehmer, welche diese Zeit oftmals hautnah nach Gefängnis, KZ oder Kriegsgefängenschaft erlebt hatten, als auch für die jüngere Generation, die jene Zeit noch nicht oder nicht bewusst mitmachen mussten. Gerade die Altersmischung unserer Gruppe ergab viele Gelegenheiten, in Ergänzung zur Ausstellung weitere Details

zu erklären und mit persönlichen Erlebnissen anschaulich zu gestalten. Selbst das Erkennen der eigenen Person auf alten Fotos war für die Betroffenen aber auch für andere Besucher ergreifend.

Der Besuch der Kunsthalle Krems mit der Führung durch die Ausstellung und der Ausklang bei einem Heurigen gab abschließend neuerlich Gelegenheit zum Austausch von Erinnerungen und Erzählungen über persönliche Erlebnisse in den vergangenen Jahrzehnten. **GK ■**

*Wer die Hoffnung vor
seinen Wagen spannt,
fährt doppelt so schnell*

(Polen)

**Ab sofort sind
wir auch im Internet
unter**

www.oevp-kameradschaft.at

**präsent, sowie
per e-mail unter:**

office@oevp-kameradschaft.at
erreichbar.

Impressum:



Medieninhaber und

Herausgeber:

Kuratorium der

ÖVP-Kameradschaft der politisch

Verfolgten und Bekenner für

Österreich, 1080 Wien,

Laudongasse 16

Tel: 01/406 11 44

Fax: 01/401 43-350

Fotos: Archiv, www.aeiou.at,

PD der Stadt Wien, Kalender

der Herz-Jesubröder „Leben in

Fülle“ aus 2006, privat

Satz/Umbruch: Tanja Pichler,

1080 Wien, Stolzenhalerg. 7/3

Druck: Druckerei Lischkar,

Migazziplatz 4, 1120 Wien

Geburtstage 2005

100 Jahre Schelling Luise, Vorarlberg

95 Jahre Birngruber Theresia, Oberösterreich
Dr. Dinzl Gottfried, Wien

90 Jahre Özelt Friederike, Niederösterreich

85 Jahre Birk Anna, Wien
OSR Dr. Breuer Josefa, Wien
OSR Jedliczka Gertraud, Wien
Dr. Jurasek Hubert, Wien
Kelch Hermine, Niederösterreich

80 Jahre Bretschneider Hermann, Niederösterreich
Burian Othmar, Wien

75 Jahre Zahn Wilma, Niederösterreich

70 Jahre Reichenpfader Erwin, Vorarlberg

65 Jahre Dr. Kastelic Gerhard, Wien
RgR Thaller Peter, Wien

55 Jahre Paterno Margit, Vorarlberg

Uns sind folgende Todesfälle bekannt geworden:

Landesverband Wien:

Margit Heger

Prof. Getrude Leinkauf

Hanna Teltscher

Landesverband Steiermark:

August Sussmann

Landesverband Oberösterreich:

Ludmilla Gruber

Theresia Hackl

Friederike Serschen

Kurt Steinhäusl

Landesverband Kärnten:

Maria Tollschein

Landesverband Tirol:

Herta Kundmann

Landesverband Burgenland:

Helene Ribarits

Karoline Tihanyi

Landesverband Salzburg:

Stephanie Seewald

Bürosperren

Unser Büro ist über die Weihnachtsfeiertage vom 22. 12. 2005 bis 10. 1. 2006 sowie während der Semesterferien vom 2. 2. 2005 bis 14. 2. 2005 nicht besetzt.

*Jeder kann die Welt
verbessern, wenn er bei
sich selber anfangen
will* (Karl Heinrich Wagerl)